

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Eckart von Klaeden, Anke Eymmer (Lübeck), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Brunhilde Irber, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5907 –**

Demokratische Entwicklung Simbabwes unterstützen – Arbeit der internationalen Nichtregierungsorganisationen ermöglichen

A. Problem

Die Antragsteller nehmen mit Sorge das verschärfte Vorgehen gegen deutsche politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Simbabwe zur Kenntnis. Die allgemeine Situation in diesem Land ist gekennzeichnet durch wirtschaftlichen Niedergang, zunehmende Repressionen gegen die Zivilbevölkerung und die nur noch rudimentäre Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. Es besteht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs der Wirtschaft mit dramatischen sozialen Folgen für die Bevölkerung. Die bereits bestehenden Flüchtlingsströme in die Nachbarländer würden sich dann eher noch vergrößern.

Die Antragsteller stellen fest, dass die Regierungspartei ZANU-PF darauf abzielt, dem 83-jährigen Präsidenten Robert Mugabe bei den Präsidentschaftswahlen 2008 eine weitere Amtsperiode von sechs Jahren zu sichern. Dazu werden Verfassungsänderungen angestrebt, die die Opposition benachteiligen sollen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- Simbabwe sowohl bilateral als auch auf der EU-Ebene bei demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen,
- den intensiven Dialog zwischen der EU und den Nachbarländer Simbabwes sowie dem SADC zu nutzen, um sich aktiv in die Lösung der Probleme in Simbabwe einzuschalten,
- durch Hilfsmaßnahmen, auch im Rahmen der EU, die humanitäre Situation in Simbabwe zu verbessern und dabei sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe – wie bisher – der Zivilbevölkerung zugute kommt, und
- sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Arbeit der politischen Stiftungen und der Nichtregierungsorganisationen nicht behindert und der Schutz ihrer Mitarbeiter gewährleistet werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5907 anzunehmen.

Berlin, den 16. Januar 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Anke Eymmer (Lübeck)
Berichterstatterin

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Anke Eymer (Lübeck), Gert Weisskirchen (Wiesloch),
Marina Schuster, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)****I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5907** in seiner 108. Sitzung am 5. Juli 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 14. November 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Berlin, den 16. Januar 2008

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatlerin

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatlerin

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatlerin